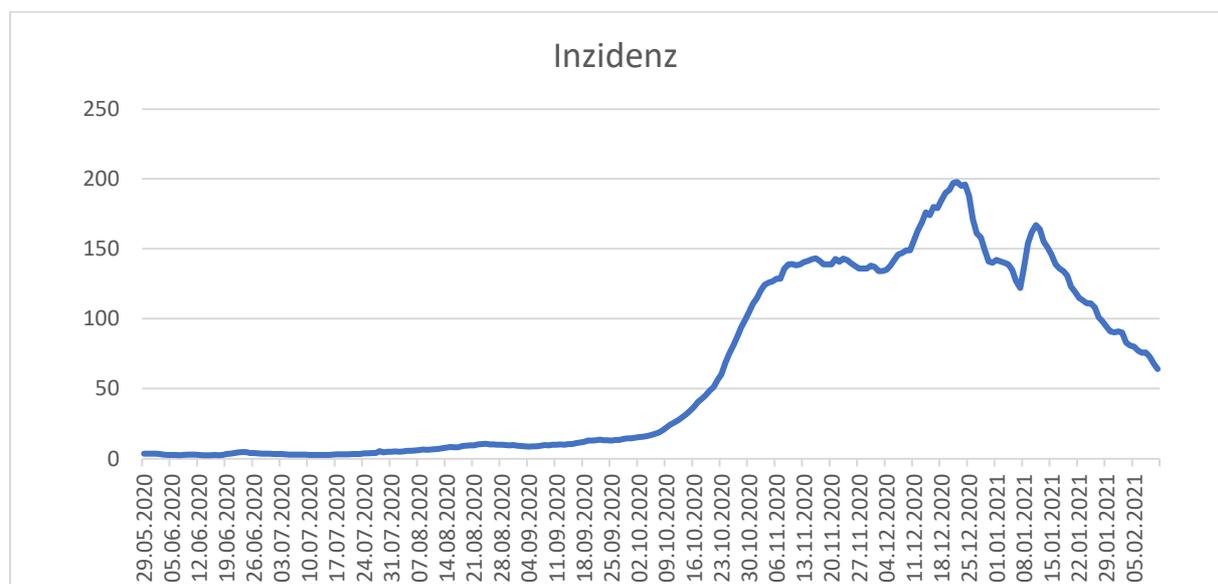


Lockdown geht immer weiter ...

Meine Meinung nach dem Treffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten

Von Anfang an war ich ein kritischer Beobachter der Regierungspolitik in Sachen Corona. Natürlich kenne ich mich zu wenig darin aus, wie Seuchen erfolgreich bekämpft werden können, aber von einer zielgerichteten Politik kann man in Deutschland von Anfang an nicht sprechen. Es wird ständig regiert nur mit der Peitsche der Angst, sachliche Analysen sind Mangelware, die Statistiken geben kein genaues und aufklärendes Bild, die Maßnahmen werden nur selten begründet. Weil man nichts weiß über die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen, verordnet man lieber flächendeckende. Das Fahren auf Sicht wird als Tugend gepriesen, eine zielführende Strategie wird vermisst. Die Medien schwingen die Angstpeitsche mit und skandalisieren oder personalisieren jeden Schritt der Regierenden, die Talkshows laufen in Dauerschleife mit immer den gleichen Themen und den gleichen Leuten. Die erneuten Spekulationen im Vorfeld der aktuellen Beratung machten die Menschen müder als die Anti-Corona-Maßnahmen selbst: Lockdown weiter, vielleicht gar bis Ostern? Lockerungen, Öffnungen? Schulen, Kitas sofort? Mutanten? Impfen? Kein Lichtblick!

Ich verfolge seit Beginn der Pandemie die Zahlen sehr aufmerksam. Bis zum heutigen Tag wurden 2 310 233 tägliche Neuinfektionen in Deutschland gezählt, 63 635 Menschen sind in diesem Zusammenhang gestorben, das sind 2,8 % der positiv Getesteten. Heute lag die deutschlandweite Inzidenz bei 64 Neuinfektionen/100 000 Einwohner in den vergangenen sieben Tagen. Von 412 Kreisen haben 289 eine Inzidenz von über 50, 92 Kreise eine über 100. In Berlin lag sie bei 56. 2 405 156 Menschen sind mittlerweile geimpft (2,9 % der Bevölkerung). 1 104 504 (1,3 %) haben bereits die 2. Impfung. Intensiv medizinisch wurden gestern 3 736 Menschen betreut, die Zahl sank in den vergangenen Wochen langsam.



Damit wurde das epidemiologische und politische Ziel, 50 Neuinfektionen/100 000 Einwohner, bis zum Treffen der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten nicht erreicht, obwohl seit Anfang November ein Lockdown in Deutschland Alltag ist. Seine Verschärfung Mitte Dezember mit Schul- und Ladenschließungen und durch weitere Einschränkungen der Kontakte brachte erst ein langsames Sinken der Fallzahlen. Schon wird spekuliert, dass das geringe Falltempo mit den neuen Mutanten zu tun habe, aber keiner weiß was.

Die Verlängerung des Lockdowns bis 7. März ist deshalb zunächst logisch und wird wohl auch allgemein akzeptiert werden. Aber wieder gibt es keine fundierte Analyse. Die Kanzlerin vermutet, dass 20 % der Neuinfektionen auf die neuen Mutanten zurückgehen, die statistischen Daten des RKI sprechen von 5,8 %. Karl Lauterbach hat es schon statistisch berechnet, was das angeblich für Ende Februar bedeutet: Exponentielle Steigerung der Neuinfektionen. Frau Brinkmann hat den Kampf dagegen schon als verloren angesehen. Andere schwätzen darüber, dass die Zahlen stärker gesunken wären, wenn es die Mutanten nicht gebe, also sind sie doch nicht so gefährlich? Die Mutanten sind die neue Peitsche, die geschwungen wird. Mittlerweile wissen doch auch wir Laien, dass es ständig Mutanten geben wird.

Die Zielgröße 50 war ein Kompromiss zwischen Bund und Ländern und fand Eingang in das Infektionsschutzgesetz als Wert für die Verschärfung von Schutzmaßnahmen. Er stammt noch aus einer Zeit, als die Fallzahlen ziemlich niedrig waren, und schien in weiter Ferne, weil die Gesundheitsämter in der Lage sein sollten, solche Größenordnungen nachzuverfolgen. Wer kann noch daran glauben, dass dies das staatliche Instrument zur Beherrschung der Epidemie sein soll. Warum haben sie es im Herbst nicht geschafft, das exponentielle Wachstum zu verhindern? Und jetzt sollen sie es schaffen? Ich glaube nicht daran, dass auf diese Weise die Infektionsketten unterbrochen werden können.

Richtig ist sicher, dass das Gesundheitsamt im Falle eines Positivtests Quarantäne für den Betroffenen anordnet und dies auch kontrolliert. Richtig ist sicher auch, danach zu fragen, wo sich der Betroffene angesteckt haben könnte. Im aktuellen Beschluss gibt es dazu einen Appell: „Die Bürgerinnen und Bürger werden gebeten, im Falle einer Infektion vertrauensvoll mit den Gesundheitsämtern zu kooperieren. Die Gesundheitsämter können die Infektionsketten nur unterbrechen, wenn ihnen alle **Kontaktpersonen** genannt werden, damit unverzüglich eine Quarantäne und Testung erfolgen kann.“ Bei den Angaben zu weiteren Kontaktpersonen wird es schwammig, weil es der Infizierte nicht weiß oder weil er Kontakte verschweigt, um andere vor Maßregelungen zu schützen. So konnte das RKI auch keine evidenten Daten liefern, wo die Ansteckungen stattgefunden haben. Sie schreiben immer vom diffusen Geschehen. Fragt man denn ab, wo derjenige arbeitet, welchen Beruf er ausübt, welchen Arbeitsweg er hat? Da muss er niemand verdächtigen und in Schwierigkeiten bringen.

Es ist doch offensichtlich, dass auch aus diesem Grund die Wunderwaffe „App“ keine Bedeutung hat. Mit der Aufhebung des Datenschutzes, wie es jetzt einige fordern, würde es ja nur noch schlimmer. Ich habe zum Beispiel diese App von Anfang an abgelehnt, wie sich zeigt, lag ich nicht falsch.

Ich halte es für einen Skandal, dass es keine kontinuierliche Erfassung der wirklichen Daten durch das RKI gibt. Die Gesundheitsämter melden nach Gutdünken, am Wochenende gibt es keinen Dienst. Das verfälscht permanent die Statistik. Nur so kommt die Welle um die 1 beim 4-Tage-R-Wert zustande, sodass man diesen glatt vergessen kann. Der 7-Tage-Durchschnitt ist da zuverlässiger, er liegt gegenwärtig bei 0,82, er wird aber nicht kommuniziert. In den Medien gab es lange Zeit einen

Wettstreit der Zahlen zwischen der amerikanischen John-Hopkins-Universität und dem RKI. Das ist seit einiger Zeit endlich vorbei. In Berlin frohlockte der Tagesspiegel bereits über eine Inzidenz von über 200. Dann hätte der Senat seinen 15 km Sperrkreis einrichten müssen. Die Kurve kippte „zufällig“ bei 199,9.

Weil aber das RKI keine Daten für die Infektionsquellen liefern konnte, wurden nur flächendeckende Maßnahmen gegen die gesamte Bevölkerung eingeleitet und die Hygienekonzepte der Kultur, des Handels und des Sports u. a. alle verworfen. Nur der Arbeitsplatz blieb lange Zeit unberührt, nur Büroangestellte konnten über Homeoffice ausweichen. Dabei wurde so getan, als sei das für alle Arbeitnehmer die Lösung. Und das ist auch die Schwäche der No-Covid-Strategie: Alles runterfahren? Na, was denn? Die Krankenhäuser, die Pflegeheime, die Supermärkte, Rundfunk und Fernsehen, die Kraftwerke, die Wasserwerke, die Lieferdienste, die Polizei, die Feuerwehr, die Rettungsstellen, die Büros zur Bearbeitung der Anträge auf Coronahilfen! Und was ist mit den Pendlern aus den Nachbarländern, für das Gesundheitswesen und zu Spargelernte werden sie doch dringend gebraucht.

Das zentrale Argument der Regierung ist, man dürfe das Gesundheitswesen nicht überlasten. Hat einer schon mal darüber nachgedacht, das Gesundheitswesen vielleicht auszubauen, damit es zu keiner Überlastung kommt. Ich meine damit nicht, wie in Berlin ein leeres Krankenhaus ohne Personal hinzustellen, sondern denke an Strukturen, Personal und Wegfall der Fallpauschalen, ein Gesundheitswesen, was nicht gewinnorientiert arbeiten muss, sondern im Dienst der Allgemeinheit sich um die Gesundheit aller kümmert.

Mittlerweile hatte auch die Regierung verstanden, dass Masken vor Infektionen schützen können (nachdem es anfangs gar keine gab). Die meisten Menschen haben sich ja auch daran gewöhnt. Im November wurden den über 60-jährigen FFP2-Masken vom Gesundheitsminister für Dezember und Januar versprochen. Die Gutscheine für Januar trafen Anfang Februar ein. Aber die Straßenverkehrsordnung will man jetzt ändern: Pflicht zum Mitführen von Masken wie die Warnwesten. Das wird die Pandemie eindämmen helfen, unglaublich!

Über die Impfstrategie wurde bereits breit debattiert. In den Medien wurden wochenlang Schuldige gesucht, warum es so wenig Impfstoff gibt. Warum mussten aber unbedingt bis Mitte Dezember Impfzentren aufgebaut sein, obwohl man sie wissend gar nicht mit genügend Impfstoff beliefern konnte? Jetzt muss man erneut den Regierenden vertrauen, damit man selbst bis Sommer geimpft sein kann. Misstrauen ist angesagt, denn im Entwurf zum aktuellen Beschluss hieß es: „Bund und Länder sind weiterhin optimistisch, dass allen Bürgerinnen und Bürgern spätestens bis zum Ende des Sommers ein **Impfangebot** gemacht werden kann.“ Das ist eine sehr viel Vertrauen erweckende verbindliche Zielstellung! Im Beschluss dann wenigstens: „Bund und Länder halten am Ziel fest, dass allen Bürgerinnen und Bürgern spätestens bis zum Ende des Sommers ein **Impfangebot** gemacht werden kann.“

In Berlin fragte man sich lange Zeit, warum Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte besonders betroffen sind und Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick weniger. Es lag doch auf der Hand, dass dafür die Wohnverhältnisse und die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung und kulturelle Gepflogenheiten ein wesentlicher Grund war. Aber darüber wurde aus Angst vor Rassismus geschwiegen. Die erste Studie in dieser Richtung wurde ein Jahr nach Beginn der Pandemie publiziert. Im Sommer war die Frage, warum die Fallzahlen wegen Urlaubsrückkehrern stiegen. Ganz heimlich wurde mitgeteilt, dass es sich besonders um Verwandtenbesuche in Bosnien und im Kosovo handelte. Welche Lehre zieht man für dieses Jahr daraus? Mich und andere hat besonders die Frage bewegt, warum in der 2. Welle besonders Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt

und Brandenburg zu Hotspots wurden, die doch in der 1. Welle weitgehend verschont geblieben waren. Hatte genau dieser Umstand die Corona-Skepsis befördert. Jüngst gab es im Tagesspiegel zwei Studien, die die Folgen der Anti-Corona-Demos in Leipzig und Berlin vom November untersuchen. 21 000 Infektionen hätten verhindert werden können, hätte man die Demos nicht erlaubt. Statistisch wurde untersucht, wo besonders viele AfD-Wähler leben und Menschen ein bestimmtes Busunternehmen benutzen, was Corona-Leugner auch in kleinsten Dörfern zur Demo abholt. In solchen kleinen Orten treibt schon eine einzige Infektion die Inzidenz statistisch schnell hoch.

Ein Skandal ist, wie die Pflegeheime behandelt wurden. Die Regierung sagt, dass sie Geld zur Verfügung gestellt hat für Masken, Tests und neuerdings auch die Bundeswehr. Ich kenne aber keine Analyse, wie sich die Pflegebedürftigen denn nun untereinander im Heim angesteckt haben. Das kann doch nur über das Personal geschehen. Das wurde aber lange Zeit nicht getestet. Warum nicht? Wurden die Hygiene-Konzepte kontrolliert? Auch das ist Sache des Gesundheitsamtes. Da müssen sie keine Faxen schicken, sondern vor Ort sein.

Die konkreteste Festlegung in der Beratung der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten war, dass am 1. März Frieseure wieder öffnen dürfen, die Fußnägel dürfen weiterwachsen. Einige Ministerpräsidenten fühlten sich wohl ermutigt und öffnen demnächst auch schon Blumenläden und Gartenmärkte, ohne auf die Inzidenz von 35 zu achten. Alle anderen Geschäfte dürfen warten und starren auf die Ampel.

Und dann war wieder eine Debatte um Kitas und Schulen entbrannt. Jetzt bleibt alles in der Hoheit der einzelnen Länder, einheitliche Regeln und Konzepte gibt es nicht. Die Bundeskanzlerin hätte es ohnehin viel schärfer. Alle sind sich offensichtlich einig, die Kinder nicht weiter von organisierter Bildung auszuschließen. Und jeder macht Seins. Sachsen öffnet am 15.02., Berlin am 22.02., Bayern – trotz vollmundiger gegenteiliger Erklärungen der Herren Söder und Dobrindt ab einer Inzidenz von unter 100 auch noch im Februar. Auch ich plädiere dafür, sie schnell wieder zu öffnen. Von der KMK wurden Konzepte vorgestellt, wie man einen sicheren Unterricht durchführen kann. Jetzt streitet man bereits wieder über die kostenlose Bereitstellung von Masken. Versprochene Lüfter und Laptops fehlen immer noch an vielen Schulen. Und die Grundschullehrer und Erzieher sollen jetzt auf Bitten der Kanzlerin und der MPK ab April in der Gruppe 2 geimpft werden. In der zwei Tage zuvor verabschiedeten neuen Impfverordnung stehen sie noch in Gruppe 3. Dann wären sie kurz vor den Sommerferien dran gewesen. Dabei waren doch die Kitas und Schulen bis Dezember offen und die Lehrer ungeschützt. Valide Daten über das Infektionsgeschehen dort fehlen. In Berlin erzwang erst eine Online-Petition vom Senat, sich an die gemeinsamen Regeln zu halten, die Schulen bis 14.02. geschlossen zu halten. Der Senat hatte es trotz anderer Aussagen aber anders geplant.

Voller Stolz verkündete die Kanzlerin nach der MPK und im Bundestag, dass ab sofort Anträge auf die Überbrückungshilfe III gestellt werden können. Und warum haben viele überhaupt keine Unterstützung erhalten oder verzögerte sich die Auszahlung für Hilfen monatelang? Diese Existenzschäden verschwinden im Moloch der Milliarden, die ständig als großzügige Hilfen des Staates gepriesen werden.

In ihrer Regierungserklärung hat Bundeskanzlerin Merkel heute ihre erfolgreiche Arbeit gepriesen und neue Gefahren an die Wand gemalt. Fahren auf Sicht sei weiter die Losung. Orientiert am Inzidenzwert 35 will man jetzt Ausstiegsszenarien planen. Am 3. März wird darüber erneut beraten. Es ist zu befürchten, dass sich danach das Dilemma fortsetzt. Wie lange lassen sich das alle von der Existenz bedrohten Unternehmen und die Kulturschaffenden noch gefallen? Die Opposition hat im Bundestag laut widersprochen, aber auch kein Lösungsangebot.

Ich habe immer noch Respekt vor den Regierenden und ihrem Handeln in der Pandemie. Allerdings vermisse ich einen wirklichen Lernprozess in der Führung auf der Grundlage einer wirklichen Datenlage. Auch der ständige Streit vor und während der MPK, der Wettbewerb der Länder, die Wichtigtuerei einiger Landesfürsten nerven die Bevölkerung. Deshalb Aber wäre seitens der Politiker mehr Demut ein Hoffnungszeichen zur gemeinsamen Bewältigung der Situation. Dafür wäre es auch gut, wenn das angesagte Handeln nicht als alternativlos hingestellt werden würde, sondern sachlich nach Diskurs entschieden würde. Ein Pandemierat wäre sicherlich hilfreich. Auch wären weniger Phrasen und bombastische Erklärungen wohltuend.

Eberhard Aurich

11.02.2021